



Informationsvorlage

Drucksache Nr. 234/2010

Beratungsfolge		
Gremium	öffentlich	Sitzungsdatum
Bauausschuss	Ja	24.01.2011

Sanierung Altlast Lehmgrube

I. Information

1) Kurzfassung

Die Umlagerung der Altlast Lehmgrube wurde im Herbst 2009 abgeschlossen. Seit Sommer 2009 laufen die Sanierungserfolgskontrollen für die Bereiche Deponiegas, Sickerwasser und Setzungsverhalten.

Aktuell laufen vertiefende Untersuchungen im Bereich Deponiegas. Hier speziell in für die "Aktiv-Entgasung" der Deponie und die Erstellung einer Gefährdungsanalyse für die angrenzenden Gebäude.

Für die Umsetzung der laufenden Maßnahmen, der Sanierungserfolgskontrolle, der Installation einer Aktiventgasungsanlage und der evtl. einzurichtenden Gaswarngeräte in den umliegenden Gebäuden wurde im Jahr 2010 ein Zuschuss-Erhöhungsantrag in Höhe von 396.000 € gestellt und bewilligt. Bei zuwendungsfähigen Aufwendungen in Höhe von insgesamt rund 5,545 Mio. € und einem Fördersatz von 56,35 % beträgt der Gesamtzuschuss somit rund 3,125 Mio. €. Der Eigenanteil der Stadt Biberach beträgt rund 2,421 Mio. €.

2) Ausgangssituation

Nach Abschluss der Umlagerung wurde die Sanierungserfolgskontrolle wie vorgeschrieben intensiviert. Mit der Informationsvorlage 268/2009 wurde der Bauausschuss letztmals in seiner Sitzung vom 18.01.2010 über den aktuellen Stand und den Umfang der Sanierungserfolgskontrolle informiert.

Ergänzend wurde seitdem ein erstes "Sicherheitstechnisches Gutachten für den Gebäudebestand im Umfeld der AA Lehmgrube, Gemeinde Mittelbiberach" durch die Ingenieurgruppe RUK, Stuttgart erstellt. Ein Folgegutachten wird im Frühjahr 2011 beauftragt.

Auf Grundlage der Ergebnisse aus der Sanierungserfolgskontrolle und dem sicherheitstechnischen Gutachten wurde mit der Vorplanung für die "Aktiv-Entgasung" der Deponie begonnen. Der aktuelle Zeitplan sieht vor, dass die Ausschreibung/Vergabe der Anlage im Juni 2011 erfolgen soll. Die Inbetriebnahme der Anlage ist dann bis September 2011 geplant.

Parallel zu den Planungen werden weiterhin über die Sanierungserfolgskontrolle die Gasdaten erfasst und ausgewertet.

Aufgrund der Insolvenz der Firma Ecosoil konnte die Umlagerungsmaßnahme im Jahr 2010 noch nicht schlussgerechnet werden. Als Rechtsnachfolger steht seit November 2010 die Firma Ecosoil Süd (vormals ZECH Umwelt Süd) fest. Mit der Nachfolgefirma werden derzeit noch ausstehende Mängelbeseitigungen abgearbeitet, so dass bis zum 2. Quartal 2011 von einem endgültigen Rechnungsabschluss der Umlagerungsarbeiten ausgegangen werden kann.

3) Kosten

Bis zum Dezember 2010 wurden rund 4,869 Mio. € für die Maßnahme "Sanierung Altlast Lehmgrube" aufgewendet. Im Haushalt 2011 wird der Gesamtaufwand mit 5,545 Mio. € beziffert, bereitgestellt wurden bisher 5,15 Mio. € und im Haushaltsjahr 2011 stehen 395.000 € zur Verfügung.

Verteilt werden können die bisher verausgabten Finanzmittel grob in die Kostenblöcke Ingenieurleistungen (rund 781.000 €) und Bauleistungen (rund 4.088.000 €).

Der größte Anteil aus den Bauleistungen entfällt mit einer derzeit berechneten Schlussrechnungssumme vom 3,623 Mio. € (Vergabesumme 3,927 Mio. €) auf die Umlagerungsarbeiten durch die Firma Ecosoil. Der zweite große Posten findet sich in der Grundwasserreinigungsanlage und den zugehörigen Brunnen mit rund 350.000 € wieder.

4) Weiteres Vorgehen

Im Sommer 2011 ist die Vergabe der "Aktiv-Entgasung" geplant. Nach heutigem Stand fallen Gesamtkosten (Übergangslösung und endgültige Anlage) von rund 280.000 € an.

Ebenfalls bis Mitte 2011 soll feststehen, ob und wenn ja, wie eine Sicherung der an die Deponie angrenzenden Gebäude gegen Gas zu erfolgen hat.

Die Sanierungserfolgskontrolle mit einem Kostenaufwand von rund 130.000 €/Jahr wird wie gefordert mindestens bis in das Jahr 2014 fortgeführt. Erst nach einer Bewertung der Sanierung durch die Bewertungskommission (voraussichtlich im Jahr 2014) wird durch die Genehmigungsbehörden festgelegt, ob zukünftig weitere Schritte unternommen werden müssen.

Wie lange die Grundwasserreinigungsanlage, die "Aktiv-Entgasung" und die evtl. zu installierenden Warngeräte in den Gebäuden betrieben werden müssen kann derzeit nicht abgeschätzt werden.

Rechmann